

Der Irrweg der Dekarbonisierung: Warum der Kohleausstieg und die CO₂- Abgabe samt „Klimaschutzpolitik“ politisch wirkungslos und wirtschaftlich schädlich sind – und warum Kernenergie die Antwort ist

geschrieben von Admin | 25. Februar 2025

von Frank-Christian Hansel (AfD MdA Berlin) und Michael Limburg (Vizepräsident von EIKE)

Die deutsche Energie- und Klimapolitik wird seit Jahren von einem Dogma beherrscht: der vollständigen Dekarbonisierung der Wirtschaft, koste es, was es wolle. Der Kohleausstieg, der als Herzstück dieser Strategie gilt, wird dabei als moralisches Gebot und alternativloses Mittel im Kampf gegen den Klimawandel dargestellt. Doch ein genauerer Blick auf die Fakten entlarvt diese Politik als ineffektiv, teuer und in weiten Teilen von einer klima-apokalyptischen Ideologie getrieben, deren Nutzen für das globale Klima nicht nachweisbar ist. Statt wirksamen Klimaschutz zu erreichen, wird Deutschlands Energieversorgung geschwächt, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel gesetzt und der Wohlstand der Bürger gefährdet.

Das passiert bei dogmatischer, ideologischer Politik –
Wohlstandsverluste und Niedergang.

Danke für Nichts! <https://t.co/XZ2L281vv2>
pic.twitter.com/PBCCZGp26u

– marc friedrich (@marcfriedrich7) February 20, 2025

Gleichzeitig verkennt Deutschland eine entscheidende Technik, die weltweit eine Renaissance erlebt: die Kernenergie. Modernste Reaktortechnologien, darunter Small Modular Reactors (SMRs), bieten die Möglichkeit einer sauberen, sicheren und zuverlässigen Energieversorgung, die sowohl wirtschaftlich sinnvoll als auch klimafreundlich ist.

Ein teures Nullsummenspiel: Der Kohleausstieg ohne jeden Klimaeffekt

Aktuelle Daten und Antworten aus dem Bundeswirtschaftsministerium zeigen deutlich: Der Kohleausstieg in Deutschland verpufft in klimapolitischer Hinsicht komplett wirkungslos. Grund dafür ist nicht, dass die Bundesregierung es versäumt hat, die freiwerdenden Emissionszertifikate im EU-Emissionshandelssystem zu löschen. Sondern der Grund dafür ist, dass die Emissionen der EU, incl. Deutschlands keine Spur in der CO2 Konzentration hinterlassen, also nicht mal eine Delle in der Anstiegskurve, die ua. In Mauna Loa abrufbar ist, hinterlassen hat. Doch allein die Konzentration soll, folgt man dem IPCC, die sog. Gegenstrahlung erhöhen, die wiederum – wieder IPCC – für unser Klima, spontan verantwortlich sein soll. Das zeigte sich mehr als deutlich – bei dem Großexperiment während des Lockdown 2020- als 2,4 Gigatonnen weniger CO2 emittiert wurden als im Jahre davor und auch danach. Diese gewaltige Menge – welche der ökonomischen Stilllegung fast der gesamten EU entspricht, war komplett wirkungslos.

Doch trotzdem verbleiben diese Zertifikate, so wirkungslos und eminent schädlich sie sind, die eigentlich durch die Abschaltung von Kohlekraftwerken vom Markt genommen werden sollten, weiterhin verfügbar und können nun einfach von anderen Unternehmen in Europa genutzt werden. Eine weiterere wahnwitzige Folge ist: Während Deutschland Milliarden für die Stilllegung von Kohlekraftwerken ausgibt, werden an anderer Stelle in Europa Emissionen in gleicher Höhe ausgestoßen. Dieser gesamte Prozess gleicht einem Nullsummenspiel, bei dem sich auch die globale CO₂-Bilanz nicht verbessert, selbst wenn die, wie oben beschrieben, keinerlei Wirkung hat.

Besonders drastisch fällt die Kritik von FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler aus: Er bezeichnet den Kohleausstieg als „energiepolitischen Irrweg“ und wirft der Bundesregierung vor, Milliarden an Steuergeldern für Entschädigungen verbrannt zu haben, ohne eine einzige zusätzliche Tonne CO₂ einzusparen. Eine solche Symbolpolitik mag moralisch inszeniert sein, doch sie bleibt nachweislich, auf das Klima bezogen, wirkungslos. Nun kann man unterstellen, dass der FDP Abgeordnete Köhler – ein studierter Philosoph – nicht so gut in der Klimawissenschaft zuhause ist, aber in seinem Kokon hat er recht. CO₂ Einsparung, selbst unter Auflösung aller wirtschaftlichen Tätigkeiten – wie oben beschrieben – sind so oder so – völlig sinnlos. Sie katapultieren dieses Land nur zurück in die Armut des Mittelalters. Mehr nicht.

Milliardenschwere Symbolpolitik auf Kosten der Bürger

Die Zahlen sprechen für sich: Für den Kohleausstieg wurden allein 4,35 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds für

Entschädigungszahlungen an Kraftwerksbetreiber bereitgestellt. Zusätzlich werden bis 2038 Strukturhilfen in Höhe von 40 Milliarden Euro an betroffene Braunkohle-Regionen gezahlt. Diese gigantischen Summen fließen in ein Vorhaben, das – mangels wirksamer Lösung der Emissionszertifikate – keine realen Emissionsreduktionen auf EU-Ebene nach sich zieht.

Stattdessen steigen die Strompreise in Deutschland weiter, da die Versorgungslücke, die durch abgeschaltete Kohlekraftwerke entsteht, teuer durch Gasimporte oder volatilen erneuerbaren Strom gefüllt werden muss. Diese Preissteigerungen treffen nicht nur Privathaushalte, sondern schwächen auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Stromintensive Unternehmen drohen ins Ausland abzuwandern, während die Bevölkerung mit höheren Energiekosten belastet wird.

Ein rationaler Ansatz hätte stattdessen darin bestehen können, diesen Weg endlich aufzugeben und wieder auf den Pfad von günstiger Energie mit Kern- oder Kohle, Öl und Gas zurückzukehren, wie es derzeit die USA unter Donald Trump vormachen und wie es alle anderen Länder, unabhängig von ihren Lippenbekenntnissen, auch machen. Doch ideologische Verbohrtheit steht einem pragmatischen Kurs im Weg.

Dekarbonisierung als Ausdruck einer klima-apokalyptischen Ideologie

Die deutsche Klimapolitik wird von einer Erzählung dominiert, die den Klimawandel als unmittelbar bevorstehende Apokalypse inszeniert. Diese Rhetorik erzeugt politischen und gesellschaftlichen Druck, radikale Maßnahmen wie die vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft um jeden Preis umzusetzen. Die Realität ist jedoch viel einfacher.

Deutschland trägt weniger als 2 % zu den globalen CO₂-Emissionen bei. Selbst eine vollständige Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft hätte – wie oben beschrieben – überhaupt **keinen Einfluss auf den weltweiten Klimaverlauf**. Weder so, noch so. Länder wie China, Indien und die USA bestimmen mit ihren merkwürdigen (Nicht-)Emissionsstrategien den globalen Trend. Dennoch verfolgt Deutschland einen Sonderweg, der mehr an eine moralische Selbstinszenierung erinnert als an eine rationale Politik.

Diese Ideologie blendet zudem aus, dass der Klimawandel **zwar** vielleicht eine Herausforderung darstellt, die nicht durch Anpassung behoben werden könnte aber erst dann wenn der Fall eintritt. Er ist nicht das existenzielle Weltuntergangsszenario, als das er von Klimaaktivisten dargestellt wird. Technischer Fortschritt, Anpassungsstrategien und eine globale Perspektive sind zielführender als blinder Aktivismus.

CO₂-Abgabe abschaffen – als Vorstufe zur Beendigung einer irrwitzigen „Klimaschutzpolitik“

Ein weiteres zentrales Instrument der aktuellen Klimapolitik, das ebenso wie gesamte „Klimarettungspolitik“ – dringend abgeschafft gehört, ist die **CO₂-Abgabe**. Diese Abgabe verteuert Energie künstlich, belastet Haushalte mit steigenden Kosten für Strom, Wärme und Mobilität und stellt eine zusätzliche Belastung für Unternehmen dar. Auch hier bleibt die klimapolitische Wirkung fragwürdig: Wenn Emissionen im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems ohnehin gedeckelt sind, führt eine nationale CO₂-Abgabe lediglich zu einer Umverteilung der Kosten, und das nicht mal zu zusätzlichen Emissionsreduktionen.

Die Abschaffung der CO₂-Abgabe wäre daher ein erster sinnvoller Schritt, um den wirtschaftlichen Schaden der deutschen Klimapolitik erstmal zu begrenzen, bevor man sie Schritt für Schritt komplett abschafft. Statt auf zusätzliche Steuern und Abgaben zu setzen, sollte sich Deutschland auf marktwirtschaftliche Mechanismen konzentrieren.

Fazit: Zeit für einen Kurswechsel – Mit Kernenergie in die Zukunft

Der Kohleausstieg, wie er derzeit in Deutschland praktiziert wird, ist ein Beispiel für **kostspielige Symbolpolitik**, die **keinen globalen Klimaeffekt** hat. Milliarden Euro an Steuergeldern werden für Maßnahmen ausgegeben, deren Wirksamkeit nicht nachweisbar ist. Der Verzicht auf Kohle wird mit einer **instabilen Energieversorgung, steigenden Strompreisen** und **sinkender industrieller Wettbewerbsfähigkeit** bezahlt.

Die zugrunde liegende **Dekarbonisierungsstrategie** entpuppt sich als von **klima-apokalyptischer Ideologie** getrieben, die rationalen, marktwirtschaftlichen Lösungen im Weg steht. Es ist Zeit für einen **fundamentalen Kurswechsel**:

1. **Abschaffung der CO₂-Abgabe**, um Wirtschaft und Bürger zu entlasten, als erster Schritt, die gesamte „Klimaschutzpolitik“ zu verwerfen.
2. **Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen** wie des EU-Emissionshandels.
3. **Abkehr von ideologisch motivierten Maßnahmen**, die nur hohe Kosten verursachen, aber nichts am „Weltklima“ ändern können.

Revitalisierung der Kernenergie: Der entscheidende Hebel für Versorgungssicherheit

und Klimaschutz

Ein echter Kurswechsel muss jedoch **mehr umfassen: Deutschland muss die Kernenergie revitalisieren**. Während hierzulande ideologische Vorbehalte weiterhin den Einsatz dieser sauberer, sicherer und zuverlässigen Energiequelle blockieren, zeichnet sich international längst ein **neuer Trend** ab.

Internationale Beispiele für die Renaissance der Kernenergie

- **USA:** Die USA investieren massiv in die Entwicklung von **Small Modular Reactors (SMRs)**. Unternehmen wie **NuScale Power** und **TerraPower** (mit Unterstützung von Bill Gates) arbeiten an Reaktoren, die kleiner, günstiger und schneller einsetzbar sind. Die US-Regierung sieht SMRs als Schlüsseltechnologie für die Dekarbonisierung des Energiesektors.
- **Kanada:** Kanada verfolgt eine **SMR-Roadmap**, um bis 2030 die ersten SMRs in Betrieb zu nehmen. Diese sollen nicht nur Strom liefern, sondern auch abgelegene Regionen und Industriebetriebe zuverlässig versorgen.
- **Großbritannien:** Das Vereinigte Königreich setzt mit dem **Rolls-Royce SMR-Projekt** auf den Bau von modularen Reaktoren, um bis 2050 klimaneutral zu werden und gleichzeitig die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern.
- **China:** China baut derzeit sowohl konventionelle Kernkraftwerke als auch neue SMR-Modelle und sieht in der Kernenergie einen wesentlichen Bestandteil seiner Strategie zur Reduzierung der Kohlenutzung.
- **Osteuropa:** Länder wie Polen, Rumänien und Tschechien planen ebenfalls SMR-Projekte, um ihre Energieversorgung zu dekarbonisieren, ohne dabei auf Kohle oder Gas angewiesen zu sein.

Small Modular Reactors (SMRs): Die Zukunft der Kernenergie

SMRs stehen für eine neue Generation von Kernreaktoren, die **dezentral**, **modular** und **mobil-stationär** einsetzbar sind. Sie unterscheiden sich in mehreren wesentlichen Punkten von traditionellen Großreaktoren:

- **Höchste Sicherheitsstandards:** Viele SMR-Designs besitzen **inhärente Sicherheitsmechanismen**, die eine Kernschmelze physikalisch unmöglich machen.
- **Dezentrale Energieversorgung:** SMRs können **direkt an Industrieanlagen, entlegenen Regionen oder urbanen Zentren** installiert werden, ohne große Stromübertragungsnetze zu benötigen.
- **Flexible Einsatzmöglichkeiten:** Durch ihre kompakte Größe eignen sich SMRs für **industrielle Wärmeversorgung, Wasserstoffproduktion** und **Entsalzung**, was sie vielseitig einsetzbar macht.
- **Schnelle Bauzeiten und Skalierbarkeit:** Im Vergleich zu

Großkraftwerken können SMRs **serienmäßig hergestellt** und in kürzerer **Zeit** in Betrieb genommen werden.

Schlussfolgerung: Pragmatismus statt Ideologie – Mit Kernenergie zu Wohlstand und ohne „Klimaschutz“

Deutschland braucht keine teuren Alleingänge, sondern eine **pragmatische, wirtschaftsfreundliche Klimapolitik**, die **Wohlstand, Versorgungssicherheit** und **technologischen Fortschritt** miteinander in Einklang bringt. Dazu gehört:

- **Abschaffung der CO₂-Abgabe**, um Verbraucher und Unternehmen zu entlasten als erster Schritt, die gesamte „Klimaschutzpolitk“ zu verwerfen.
- **Marktwirtschaftliche Mechanismen** wie der EU-Emissionshandel statt planwirtschaftlicher Eingriffe.
- **Revitalisierung der Kernenergie** – insbesondere durch den Einsatz von **Small Modular Reactors (SMRs)**, die weltweit als Schlüsselement einer nachhaltigen Energiezukunft anerkannt sind.

Deutschland darf den internationalen Anschluss nicht verlieren. Während andere Nationen auf Kernenergie der neuesten Generation setzen, um die Herausforderungen von Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig zu lösen, hält Deutschland an einer ideologisch motivierten Dekarbonisierungspolitik fest, die nutzlos und teuer und aber komplett wirkungslos bleibt.

Die Zeit ist reif für einen Kurswechsel, der nicht auf **klimapokalyptische Narrative**, sondern auf **Technik, Innovation und wirtschaftliche Vernunft** setzt. Mit der **Kernenergie** – insbesondere durch den Einsatz **moderner SMRs** – kann Deutschland eine **klimafreundliche, sichere und wettbewerbsfähige Energiezukunft** gestalten. Je nach Preis und Kosten bleiben Öl, Gas und Kohle sinnvolle andere Energieträger.

G7-Energieminister vereinbaren Ausstieg aus Kohle bis 2035

geschrieben von Admin | 25. Februar 2025

Kohleausstieg bis 2035: Darauf haben sich die Minister für Umwelt, Energie und Klima der G7-Staaten geeinigt. Die Kraftwerke sollen auf

Pellets umgerüstet werden – ein merkwürdiges Vorgehen, billige Kohle gegen teure Pellets einzutauschen, für die viele Wälder abgeholt werden müssen.

Von Holger Douglas

Klar, dass auch das grüne Bundeswirtschaftsministerium und grüne Umweltministerium im Kohle-Ausstiegs-Chor singen. Man habe sich für ein »klares« Enddatum eingesetzt, so ein Sprecher des Hauses Habeck. Keine Frage war mehr, ob überhaupt, sondern nur, wer schneller im Überbietungswettbewerb »aussteigt«. Deutschland will derzeit 2038 aus der gesicherten Stromerzeugung aussteigen, Nordrhein-Westfalen bereits 2030.

Von einer »historischen Übereinkunft« spricht der britische Energistaatssekretär Bowie, »die wir beim COP 28 in Dubai im vorigen Jahr nicht erreichen konnten«. In Turin wird dies als Kompromiss zwischen den »Kohle«-Ländern und denjenigen, die kaum mehr Kohle nutzen, bezeichnet. Zum Beispiel Frankreich, wo nur noch zwei Kohlekraftwerke kalt herumstehen. Als es im vergangenen Winter doch zu kalt wurde, schalteten sie ein Kohlekraftwerk wieder ein. Komplett auszusteigen wagt die französische Energiepolitik denn doch nicht.

Nun sollen die mächtigen Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 1,4 GW auf Pellets umgerüstet werden; ein merkwürdiges Vergnügen, billige Kohle gegen teure Pellets einzutauschen, für die irrsinnige Mengen an Wäldern abgeholt werden müssen. Auf 4,8 Millionen Tonnen Pellets wird der Bedarf für ein Jahr geschätzt. Die sollen überwiegend aus den USA herübergeschippert werden und Frankreich zum größten Pelletverbraucher Westeuropas machen. Interessanter Beitrag zur »Klimaneutralität«.

Dabei hatte Kohle einst Holz als Brennmaterial abgelöst, als nahezu sämtliche Wälder in Mitteleuropa abgeholt waren. Dann begann nämlich einst der Siegeszug der Kohle. Die hat den Vorteil, preiswert und überall verfügbar zu sein. »Kohle ist der günstigste und sicherste Energieträger. Lagerstätten gibt es weltweit, die den Energiebedarf der Menschen noch für Jahrhunderte decken können«, stellt Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel, Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz, fest. »Transport und Lagerung brauchen keine Pumpen, Rohrleitungen oder spezielle Behälter. Das haben die meisten Länder der Welt verstanden – außer Deutschland.«

Dort hätten Leute wie Rainer Baake, damals als grüner Staatssekretär von Trittin, maßgeblich an der Verteufelung der Kohlekraftwerke mitgewirkt und dazu beigetragen, dass mittlerweile Deutschland fast gänzlich auf Energieimporte angewiesen ist und jederzeit von den Lieferanten erpresst werden kann.

Gut, dass die Gruppe der sieben nur ein informelles Forum sieben großer Industriestaaten ist. Wenn es kalt und dunkel wird, sehen die

Entscheidungen wieder ganz anders aus.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Die Sprache der Energiewende Teil 2 – Über „Erneuerbare“ und Klima

geschrieben von Admin | 25. Februar 2025

Die Sprache des dekarbonisierenden Zeitgeistes versucht, das Denken der Bevölkerung zu prägen. Wendeenergie und Wandelklima beherrschen die sogenannten Qualitätsmedien und nehmen Einfluss auf das Denken in der Bevölkerung. So entsteht das passende Framing.

Von Frank Hennig

Nachdem in „Die Sprache der Energiewende“ Teil 1 von Lügen, Gebetsmühlen, Halbwahrheiten und falschen Bildern die Rede war, geht es hier um „Erneuerbare“, Klima und Grundsätzliches.

Der Hype um „Erneuerbare“

Auch in ökonomischer Sicht sollen die Leute hinters Licht geführt werden. Von niedrigen erneuerbaren Strompreisen ist die Rede, was schon sprachlich kompletter Unfug ist. Der Gedanke soll insinuieren, dass mehr „Erneuerbare“ zu niedrigen Preisen führen würden. Das Gegenteil ist der Fall, wie wir seit mehr als 20 Jahren Energiewende auch persönlich erfahren und wie von Konzernchefs inzwischen mehr oder weniger offen zugegeben wird. Gern verweist man auf die Gestehungskosten der Ökostromanlagen, die sehr niedrig seien. Zum einen stimmt das nur für Anlagen an günstigen Standorten, zum anderen sind die Gestehungskosten für die Preisbildung wenig interessant. Für die am Markt erzielbaren Preise kommt es darauf an, zur richtigen Zeit zu produzieren, also wenn der Strom gebraucht wird.

Dies ist mit Zufallsstrom nur zufällig der Fall. Im Gegenteil muss der Strom zu jeder Zeit abgenommen und bezahlt werden, auch wenn er nicht gebraucht wird. Dazu kommen Systemkosten für die Redispatchmaßnahmen, die Entschädigung des Phantomstroms, das Vorhalten des Backups und den zunehmenden Netzausbau. Über alle Kostenfaktoren hinweg sind die grünen Lieblingstechnologien teuer. Um sie trotzdem in Marktnähe zu bringen, wird Konkurrenzstrom teurer gemacht durch steigende CO2-Zertifikatelpreise. Die EU forciert gern diesen Prozess, denn Deutschland

ist wie kaum ein anderes Land von den Fossilen abhängig, egal ob diese Kraftwerke laufen oder in Reserve stehen. Damit lässt sich die wirtschaftliche deutsche Dominanz beenden und das deutsche Außenhandelssaldo umkehren.

Im Begriff „erneuerbar“ ist „neu“ enthalten, was das Narrativ gut pflegen lässt, wir hätten es bei Wind- und Solarenergien mit neuer Technologie zu tun. Man müsste sie eigentlich „alte Erneuerbare“ nennen. Die Windkraft wurde bereits vor viertausend Jahren, beginnend in Persien, genutzt. Die Photovoltaik begann mit ihren praktischen Anwendungen in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, sie zählt mithin auch schon mehr als 70 Jahre. Zweifellos haben beide Technologien eine starke Entwicklung hinter sich und heutige Anlagen sind mit denen der Anfangszeit nicht mehr zu vergleichen (das gilt übrigens für Kohlekraftwerke genauso). Heute sind sie allerdings ausentwickelt, das heißt, Technologiesprünge mit großen Wirkungsgradsteigerungen sind zumindest bei der Windkraft nicht mehr drin. Bei der Photovoltaik (PV) könnte die Werkstoffentwicklung noch einen gewissen Schub bringen. Jedenfalls bis zum Sonnenuntergang.

Erwähnenswert ist auch die Nichtverwendung bestimmter Begriffe für die geliebten „Erneuerbaren“. Der Begriff Konzern ist im Grunde neutral, er beschreibt einen Zusammenschluss von Betrieben oder Unternehmen, aber er ist negativ konnotiert. Kohlekonzerte, Ölkonzerne, Lebensmittelkonzerte tragen den Vorwurf der Ausbeutung durch das Großkapital in sich, sie werden als menschlich anonyme Stätten der Ausbeutung dargestellt, obwohl sie aufgrund ihrer Größe und Kapitalmacht technischen Fortschritt realisieren können, der in kleineren Unternehmen kaum möglich ist.

Aber sie sind schlecht beleumdet, weshalb man die Bezeichnungen „Windkonzern“ oder „Solarkonzern“ kaum finden wird. Das sind ja die Guten, nur selten hörte man von Streiks im Vestas-Konzern, als es um einen Tarifvertrag ging. Von den Arbeitsbedingungen in der chinesischen Solarindustrie ist im deutschen Blätterwald nichts zu lesen. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) wird mit der Textilindustrie in Bangladesch in Verbindung gebracht, nicht mit der Förderung Seltener Erden in Xinjiang, dem Land der Uiguren.

Völlig unkritisch ist dagegen der Begriff Dreckschleuder zur Bezeichnung von Kohlekraftwerken in den allgemeinen journalistischen Gebrauch übergegangen. Dass diese dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) unterliegen und im internationalen Maßstab bei uns sehr niedrige Grenzwerte einhalten müssen, wird ignoriert. Mit „Dreck“ scheint eher das CO₂ gemeint zu sein, aber dieses unterliegt nicht diesem Gesetz, weil es kein Gift ist, sondern Lebensbaustein, technisches Gas, Lebensmittelzuschlagsstoff (E290) und Löschmittel.

Beliebt und meist sinnbefreit benutzt man gern die Wende. Die „Energiewende“ wird oft falsch verwendet, wenn nur die Stromwende gemeint ist, denn meistens geht es nur um diese. Aber auch Wärme,

Mobilität und Ernährung sollen gewendet werden. Wohin? Wir wollen uns ja nicht davon abwenden mit der Folge von Kälte und Hunger. Gemeint ist, dass es künftig anders vonstatten gehen soll, also eher ein Umbau. Das klingt aber zu langweilig und lässt erahnen, dass Zeit dafür gebraucht wird. „Wende“ klingt revolutionär und entschieden, ehrgeizig, ambitioniert und was man noch so sagt, wenn man schnelle Entscheidungen zugunsten einer bestimmten Lobby erreichen will. Nimmt man die Baerbocksche 360-Grad-Wende hinzu, bleibt man allerdings ratlos zurück. Sie könnte aber in Erfüllung gehen, wenn sich herausstellt, dass die „Erneuerbaren“ samt Wärmepumpen und E-Mobilität die Erwartungen nicht erfüllen und wir zu fossiler Stromerzeugung, ebensolchen Heizungen und Verbrennungsmotoren zurückkehren beziehungsweise diese beibehalten.

Perlen aus der Klimawortpanschküche

Jede Menge sprachlicher Unfug wird mit dem Begriff Klima veranstaltet. Ruft man sich in Erinnerung, dass es sich schlicht um eine Wetterstatistik über einen längeren Zeitraum, 30 Jahre und mehr, handelt, so verlieren einige Kompositionen völlig ihren Sinn. Einen Klimakollaps kann es nicht geben, solange die Erde eine Lufthülle hat. Auch auf Mars und Venus gibt es Klima, für uns ungemütlich, aber vorhanden. Es kann also nicht zusammenbrechen oder sterben, es kann sich nur wandeln, so wie es in der Erdgeschichte schon oft und teils drastisch der Fall war.

Gleicher gilt für die Klimakatastrophe, stets bemüht, aber nicht abzusehen. Die Menschen leben seit tausenden von Jahren mit der Anpassung an Klimaänderungen. Heute gibt es deutlich bessere Voraussetzungen, sich anzupassen, als sie unsere Vorfahren je hatten. Beide Begriffe werden übrigens vom IPCC nicht verwendet, dort heißt es korrekt „Klimawandel“.

Das verhindert nicht den politisch getriebenen Alarmismus von Grünenpolitikern wie der brandenburgischen Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher, die rundweg behauptet, der Klimawandel sei schlimmer als eine Kriegslage in Europa. Hoffen wir für sie und uns, dass wir keinen Krieg erleben müssen. Den Klimawandel werden wir und die Grünen mit Sicherheit überleben.

Als Klimamanager könnte man jemanden vermuten, der Wetterstatistiken erstellt oder auswertet, das ist aber mitnichten gemeint. Schlicht geht es um jemanden, der vorrangig Energie sparen und damit Emissionen verringern soll, sei es in einer Firma oder im Öffentlichen Dienst. Zahlreiche Stellen wurden so geschaffen und geben Lohn und Brot.

Auch Klimagerechtigkeit ist nicht herstellbar. Die Klimazonen der Welt sind grundverschieden und zum Teil so extrem, dass man sich wundert, dass dort Menschen leben können. Wie will man dem Nordsibirier in Eiseskälte und den Menschen in Mali in brütender Hitze Gerechtigkeit wiederauffahren lassen? Hintergrund ist hier eine interessengeleitete

Schuldzuschreibung mit dem Vorwurf, wir würden die Existenz dieser Menschen gefährden, wenn wir nicht mehr CO2 einsparen. Wer sich schuldig fühlt, akzeptiert eher Einschränkungen.

Gefordert wird Klimaneutralität, aber kann Wetter neutral sein? Gemeint ist eine Absenkung von Emissionen auf ein gewünschtes Niveau, bei dem der CO2-Gehalt der Atmosphäre gleich bleibt. Eine Wetterstatistik ist neutral, das Klima als ihre langfristige Statistik ohnehin.

Politische Klimawissenschaften

In anmaßender Weise äußern sich politische Klimawissenschaftler wie Professor Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK): Wir hätten die Kontrolle über das Klima verloren. Wann bitte hatten Menschen jemals Kontrolle über das Klima, was ja mit einer Kontrolle über das Wetter beginnen müsste? Jan Minx vom „Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change“ (MCC) in Berlin will „... die Atmosphäre irgendwann mal aufräumen ... , weil wir nicht mit Klimaschäden von 1,5 Grad leben wollen ...“.

Der Gedanke, der Mensch sei Verursacher des Klimawandels, er könne es maßgeblich beeinflussen und könne die Atmosphäre „aufräumen“, negiert den natürlichen Klimawandel. Solche Leute sind die wahren Klimawandelleugner, die den Wandel menschlicher Schuld zuschreiben, aber die natürlichen Veränderungen der Vergangenheit meist nicht erklären können und stattdessen den Eindruck erwecken, das Klima wäre konstant gewesen, bevor der Mensch eingriff. Ich kenne niemanden, der den Klimawandel leugnet, wie auch die „Corona-Leugner“ nicht die Krankheit leugneten, sondern gegen Maßnahmen protestierten.

Politische Klimawissenschaftler haben mit abgehobenen Politikern vor allem eines gemein: Sie wähnen sich im Besitz überragender Fähigkeiten, die Welt zu verändern. Dabei werden positive Folgen der Erderwärmung verschwiegen, sei es die Vergrößerung der Blattmasse auf der Nordhalbkugel oder die zunehmende Begrünung Afrikas. Höhere Temperaturen und mehr Pflanzenfutter (CO2) bewirken mehr Photosynthese, soweit genug Wasser vorhanden ist. Das widerspricht dem gängigen Schwarz-weiß- oder Gut-böse-Schema des verbreiteten Klimapopulismus. Dieser reduziert die hohe Komplexität von Wetter und Einflüssen auf die Erdatmosphäre auf die einfache Proportionalität „je mehr (menschliches) CO2, desto wärmer“, was schon durch die Klimageschichte der Erde widerlegt wird.

Klimaangst wird als Instrument gebraucht, zu viel Nachdenken ist unerwünscht. Schuld wird zugesprochen für den persönlichen CO2-Fußabdruck, die Erfüllung des 1,5-Grad-Vermeidungsziels wird „uns“ zugeschrieben, obwohl es auf der Pariser Weltklimakonferenz als globales Ziel formuliert wurde. Als Methode werden „Erneuerbare“ und Verzicht propagiert. Deutschland belegt 0,08 Prozent der Erdoberfläche, stellt ein Prozent der Weltbevölkerung und nur noch 1,7 Prozent der anthropogenen Emissionen, soll aber durch individuellen Verzicht die

Weltklimarettung bewirken. Selbst wenn unser Land schlagartig vom Globus getilgt würde, die Wirkung auf die Erdatmosphäre wäre etwa Null. Unser ehemaliger Außenminister Heiko Maas, von dem außer seinen schicken Anzügen nicht viel in Erinnerung blieb, äußerte dazu treffend, man könne globale Probleme nicht durch nationale Maßnahmen lösen. Aber hier hörten nicht mal die linksgrünen Genossen auf ihn.

Permanent wird der Eindruck erweckt, die ganze Welt würde sich in einem Wettlauf um sinkende Emissionen befinden. Das ist falsch. Wir leben in einer globalisierten kapitalistischen Welt und der Wettlauf findet um wirtschaftliche Vorteile und Profite statt. Dazu braucht es immer neue und bessere Produkte, so findet Technik- und Technologieentwicklung statt. Politische Vorgaben und Verbote, welches die künftig anzuwendenden Techniken und Verfahren sein sollen, sind zum Scheitern verurteilt.

Sicherlich hatten die Unterzeichnerstaaten des Weltklimagipfels 2016 den ehrlichen Vorsatz, Emissionen senken zu wollen. Für fast alle gilt aber die Einschränkung, dass dies nicht die Bekämpfung der Armut des Landes und seine wirtschaftliche Entwicklung behindern darf. Nur in Deutschland sieht man das anders, hier geht es um die Klimarettung um jeden Preis.

Aber – wir ahnen es – es geht gar nicht ums Klima, sondern um Macht und Geld. Angst ist ein probates Mittel der Politik, die Wirkung ist bei manchen Kindern und Jugendlichen schon zu beobachten. Sie kleben sich auf Straßen, um das Klima zu „retten“. So soll politischer Druck entstehen, um noch schneller noch mehr weiterhin subventionierte „Erneuerbare“ aufzustellen zu können. Um welche Geldmengen geht es? Ein Beispiel: Im Jahr 2018 betrug die EEG-Umlage in Summe netto (nach Abzug des Marktstrompreises) über 25 Milliarden Euro. Damit hätten wir den Schweizern zwei Gotthard-Basistunnel schenken können – in diesem einen Jahr. Danach ging die Umlage zurück, weil der Strompreis im Großhandel stieg, inzwischen ist das EEG-Umlagekonto wieder stark im Minus und der Steuerzuschuss muss im laufenden Jahr wohl von 10 auf 18 Milliarden Euro angehoben werden.

Einen Teil des Geldes kann die Branche für Werbung, PR und Politikbeeinflussung einsetzen. Bestechung ist nicht nachweisbar, aber gut bezahlte Jobs zum Beispiel an der Spitze des Bundesverbandes Erneuerbare Energie e.V. (BEE) oder des Bundesverbandes der Energie und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) als Anerkennung für entsprechendes Wirken im Bundestag sind dann für grüne Politikerinnen schon drin.

Fundamentale Sprache

Sprache trägt viele Funktionen. Sie dient der Wissensvermittlung, der Lüge, der Aufklärung, der Poesie, der Indoktrination, der Einschüchterung, der Ermutigung. Sprache zeigt Denken, einfache Sprache einfaches Denken. Das muss nicht schlechter sein, aber wenn ein hoher staatlicher Repräsentant vom „Doppelwumms“ spricht, stellt sich schon

die Frage nach der Komplexität seines Denkens. Alternativ schätzt er das Niveau der Empfänger als sehr niedrig ein.

Sprache lebt und entwickelt sich durch den Gebrauch weiter. Sie lässt sich nicht „von oben“ ändern. Das versuchten schon Nazis und Kommunisten, aber auch heutigen abgehobenen Eliten wird es nicht gelingen. Der Fortschritt führt zu neuen Begriffen, andere werden neu beatmet. Die „Kriegsmüdigkeit“ kommt wieder zur Anwendung, sie war in Deutschland etwa ab 1943 in Gebrauch. Danach durfte in keiner Rede das „nie wieder“ fehlen. Wie schlecht kann das Gedächtnis eines Volkes sein? Heute sind die gratismutigen Ostermarschierer abgetaucht und die, die Frieden wollen, nennt man „Friedensschwurbler“ oder „gefallene Engel“.

Das Ziel der Sprache der Energiewende ist die offene oder subversive Vermittlung der deutschen Energiewende als Erfolgsgeschichte. Dekarbonisierung und Große Transformation werden zu Oberzielen ernannt, obwohl sie weder im Grundgesetz noch in den Amtseiden von Kanzler und Ministern enthalten sind. Die Interessen der Energiewendegewinner, einer Minderheit, geben die politische Richtung vor.

Wir sollten genau hinhören. Sprache kann gefährlich sein. Halten wir es wie Dushan Wegner: Glaube wenig, prüfe alles, denke selbst.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Die Sprache der Energiewende Teil 1

geschrieben von Admin | 25. Februar 2025

Die Sprache des dekarbonisierenden Zeitgeistes versucht, das Denken der Bevölkerung zu prägen. Wendeenergie und Wandelklima beherrschen die sogenannten Qualitätsmedien und nehmen Einfluss auf das Denken in der Bevölkerung. So entsteht das passende Framing.

Von Frank Hennig

„Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“, sagte Ludwig Wittgenstein. Die Sprache setzt der Erkenntnis Grenzen, man kann sie formen, nutzen und durch sie manipulieren. Am wirksamsten ist das „Nudging“ durch Sprache, die Beeinflussung von Denken und Handeln, ohne dass es die Zielgruppe bemerkt.

Gute Sprache ist eindrücklich und lässt vor dem geistigen Auge Bilder entstehen. Diese sind besser in Erinnerung zu behalten als Texte. Gute Journalisten und Politiker lassen in ihren Ausführungen Bilder entstehen, schlechte reihen Worthülsen aneinander. Das zeigt sich

prägnant am Beispiel zweier Grünen-Promis. Während Robert Habeck eher Umgangssprache pflegt und sogar persönliche Erkenntnisse und Selbtkritik einbaut (die bis zur Offenbarung eigener Unfähigkeit reichen – „von der Wirklichkeit umzingelt“), reihen Annalena Baerbock und insbesondere die Politikerinnen ihrer Partei ganze Salven vorgestanzten Politsprechs aneinander. Am Ende bleibt wenig davon in Erinnerung, weil beim Empfänger keine Bilder entstehen.

Die Themen Energiewende, Antiatom, Dekarbonisierung und Klimawandel, die Forderung nach immer mehr „Erneuerbaren“ und dem nötigen Verzicht an Wohlstand werden von Politikern und aktivistischen Journalisten vorangetrieben. Sie bilden aktuell eine Mehrheit in der Regierung und den sogenannten Qualitätsmedien samt den Zwangsgebührenfinanzierten und geben die Richtung vor. Das nennt man Mainstream. Ihnen folgen andere, die dazugehören wollen. Man schreibt voneinander ab, das entbindet von eigener geistiger Anstrengung, man spart Recherche und vor allem erspart man sich Angriffe bei abweichenden Informationen und Kommentierungen. Die Abweichung vom Mainstream wird bestraft – durch Ignorieren, Vorenthalten von Informationen und beschränktem Zugang zum politischen Raum.

Die gute alte Lüge

Die politische Kommunikation und auch der Mainstream verwenden verschiedene bewährte Instrumente zur Manipulation. Da ist zunächst die altbekannte Lüge, die verharmlosend heute als „Fake“ bezeichnet wird. Man meidet sie in Zeiten sozialer Medien weitgehend, sie kann zu schnell aufgedeckt werden. Über das Internet lässt sich fast jede Meldung verifizieren. Dennoch ist sie zu finden, wenn sparsame Bildung, Ideologie und Faulheit zur Recherche zusammentreffen. So beispielsweise bei einer Meldung über ein TV-Gerät, das Strom erzeugen könne.

Seltener wird so bewusst gelogen wie von Claudia Roth, die anlässlich eines Jahrestages den vorgeblichen Todesopfern des GAUs im Kernkraftwerk Fukushima gedachte. Ähnliche Aussagen trafen auch Jürgen Trittin und die „Tagesschau“. Ein erster zaghafter Versuch, Geschichte umzuschreiben. In einigen Jahren wird bei den Grünen vom Tsunami in Fukushima nicht mehr die Rede sein, nur noch von einer Atomkatastrophe. Aber die vorgeformten Mediennutzer in der linksgrünen Blase nehmen solche Auslegungen gern auf, sind sie doch kompatibel mit der eigenen Vorstellungswelt und den eigenen Narrativen.

Eine sachliche Lüge ist auch der Begriff Atomkraftwerk. Gemeint sind Nuklearanlagen, die ihre Energie aus den Atomkernen (Nukleonen) beziehungsweise deren Bindungskraft beziehen. Kraftwerke hingegen, die ihre Energie aus der Bindungskraft der Atome beziehen, sind fossile Anlagen, in denen Verbrennungsprozesse stattfinden. Die Reaktion von Kohlenstoff plus Sauerstoff ist exotherm, das heißt, sie setzt Wärmeenergie frei, die dann in der Regel zur Dampferzeugung genutzt wird. Dies sind also Atomkraftwerke. Der feine Unterschied spielt

allerdings praktisch keine Rolle mehr, beide Arten der Energieumwandlung werden bei uns bekämpft.

Überraschend ist nur die Kernspaltung grüner Politik. Wurden früher die Kernkraftwerke mit dem „Atomtod“ in Verbindung gebracht, sind sie Teufelszeug geblieben, während nach deutschen Kernwaffen nun gerufen wird. Jeder weiß, dass sie keine Waffen fürs Gefechtsfeld sind, sondern Massenvernichtungswaffen. Das ficht ungediente Grüne in ihren Allmachtsphantasien aber nicht an.

Die Gebetsmühle

Sie ist ein bewährtes Mittel in Diktaturen. Stete Wiederholung verhindert tieferes Nachdenken. Sie wird heute, wie zu besten DDR-Zeiten, breit eingesetzt. Bekannte Thesen werden permanent wiederholt, bis sie auch der schnelle oder oberflächliche Medienkonsument mitsingen kann. Entsprechende Sachverhalte werden nicht mehr begründet, sondern als unumstößliche Tatsache vermittelt. In den DDR-Medien gab es nie solitär den Namen „Erich Honecker“, sondern immer nur im Zusammenhang mit der kompletten Funktionsbezeichnung „Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR“. Damit das im Arbeiter- und Bauern-Paradies auch wirklich jeder verstand. Für die Mauer gab es den festen Begriff des „Antifaschistischen Schutzwalls“, andere Bezeichnungen waren nicht zugelassen, abgesehen von Fachbegriffen wie „Grenzsicherungsanlagen“.

Übrigens wäre „Antifaschistischer Schutzwall“ der heute gebrauchten „Brandmauer“ vorzuziehen. Dann würde deutlicher, wohin sich unser Land entwickelt.

Die Wirkung der Gebetsmühle wurde von Elisabeth Wehling im sogenannten ARD-Framing-Manual beschrieben:

Und dann beim dritten, vierten, fünften Mal ergeben sich Einschleif-Prozesse im Gehirn und ein Wiedererkennungseffekt – egal, ob die Sache wahrhaft ist oder eine Lüge. Und dann sagt das Gehirn irgendwann: „Ist mir viel zu anstrengend, das ist für mich jetzt eine Wahrheit.“

Nach gleichem Muster will der Deutsche Journalisten-Verband Wirkung erzielen. Die AfD soll künftig nicht mehr ohne den Zusatz „vom Verfassungsschutz beobachtet“ oder ähnlich erwähnt werden. Wie ein Warnhinweis auf Zigarettenpackungen. Für wie unmündig und hilflos hält der DJV die Mediennutzer, sich eine eigene Meinung bilden zu können?

Andere Beispiele sind „klimaschädliches CO2“, „dreckige Kohle“ oder „umstrittene CCS-Technologie“. Als umstritten bezeichnet zu werden, ist im Grunde schon ein Urteil. Fast nie wird ausgeführt, warum etwas

umstritten ist, was dafür und was dagegen spricht. Die Marx'sche Dialektik von der Einheit und vom Kampf der Gegensätze, ohne die es keinen Fortschritt gibt, findet im heutigen linearen linksgrünen Denken keinen Niederschlag mehr. Hier wird Meinung vorgegeben, nicht erarbeitet.

Das entsprechende Adjektiv wird immer mitgeliefert, damit es jeder Leser oder Hörer verinnerlicht und nicht zweifelt. So erreichen uns Litaneien endloser Wiederholungen von sogenannten Qualitätsmedien. Die DDR-Sozialisierten können auf alte Praktiken zurückgreifen. Sie waren trainiert darauf, zwischen den Zeilen zu lesen oder bei endlosem Bonzen-Geschwafel die Ohren auf „Durchzug“ zu schalten.

Die wahre Hälfte

Praktikabel und wirksam für die Schaffung gewünschter Narrative sind Halbwahrheiten. So setzt man sich nicht dem Vorwurf der Lüge aus, denn das, was berichtet wird, ist wahr. Dennoch entsteht ein beabsichtigtes verzerrtes Bild der Realität.

Ein Beispiel sind die Meldungen über arabische Solarkraftwerke, die vor einigen Jahren durch die Medien gingen. Ägypten und Saudi-Arabien hatten beschlossen, große Flächen ihrer Wüsten mit Photovoltaik-Paneele zu belegen. Die Sonne steht hoch, die Preise der Paneele sind stark gefallen, es macht Sinn. Die Meldung ist wahr, aber ohne die ganze Wahrheit entsteht der falsche Eindruck: „Na bitte, die Araber machen auch Energiewende wie wir, und wir sind der Vorreiter“.

Die ganze Wahrheit ist, dass zur gleichen Zeit Ägypten und Saudi-Arabien bei Rosatom in Moskau Verträge für mehrere Kernreaktoren abschlossen, desgleichen die Türkei. In den Emiraten läuft bereits ein erstes Kernkraftwerk. Dies zu verschweigen hat einen Grund. Es soll die ketzerische Frage vermeiden, warum diese sonnenreichen Länder dennoch in die Kernkraft investieren, die doch permanent als zu teuer und zu gefährlich geframet wird. Dabei wäre die Antwort einfach. Abends geht die Sonne unter, dann schalten die Leute das Licht ein. Die Araber wissen, dass das Speichern großer Mengen von Strom sehr teuer ist. Die weiterführende Frage wäre, warum wir als sonnenarmes Land keine Kernkraftwerke (und Kohlekraftwerke) mehr brauchen, obwohl wir kaum Speicher haben.

Begeistert wird über den weltweiten Ausbau der Windkraft berichtet, weniger über die Begleiterscheinungen. In Norwegen müssen vermutlich 151 Anlagen rückgebaut werden, weil die Anlagen „die kulturellen Rechte des Volkes der Samen“ beeinträchtigen. Diese hatten argumentiert, Anblick und Geräusch der Windturbinen verängstige ihre Rentier-Herden und bedrohe damit jahrhundertealte Traditionen. Die berechtigte Frage dazu würde lauten, wie es um die kulturellen Rechte der Ureinwohner Deutschlands und ihrer Weide- und Wildtiere steht. In Mexiko gibt es Widerstand der Einheimischen und Fischer gegen ausländische Windkraft-

Heuschrecken. Darüber findet sich in unseren Medien nichts, auch weil es schwer zu verarbeiten ist. Mexikanische indigene Windkraftgegner kann man nicht wie deutsche als Fortschrittsverweigerer in die rechte Ecke schieben.

Der Abstand polnischer Kernkraftwerke zur deutschen Grenze wird thematisiert, nicht die CO₂-Vermeidung durch diese. Nachrichten erhalten wir zu einem neuen chinesischen Mega-Windrad, zur Entwicklung von Mini-Reaktoren kaum. Wenn es sich nicht vermeiden lässt, werden hohe Kosten, Zeitverzüge, Unternehmenspleiten angeführt. Der Kampf gegen das böse Atom geht weiter, auch wenn wir keine aktiven Kernkraftwerke mehr haben, keine kernenergetische Forschung und keine zugehörige Industrie mehr. Rot-Grün möchte die Diskussion als abgeschlossen betrachten, am besten nicht mehr darüber reden. Diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen. Der Ausstieg aus der Kernenergie war ein so fundamentaler Fehler, dass die Diskussion den Vollstreckern anhaften bleiben wird wie Hundedreck am Schuh.

Falsche Bilder

Um Realität in einem gewünschten Bild erscheinen zu lassen, schafft man vergleichende Begriffe. Die „Erneuerbaren“ werden als Freiheitsenergien bezeichnet, was sachlich sogar in zweierlei Hinsicht falsch ist, soweit es die Wind- und Solarenergie betrifft. Zum einen besteht die starke und unvermeidbare Abhängigkeit vom Windaufkommen und der Tageszeit, mithin von den Launen und Gesetzmäßigkeiten der Natur. Das setzt uns in einen Stand, der im Mittelalter wirtschaftsprägend war. Zum anderen können wir die Anlagentechnik nicht oder nur sehr teuer selbst produzieren. Der enorme Materialaufwand erfordert Rohstoffe, die wir im eigenen Land kaum haben oder nur unter hohen Kosten gewinnen könnten. So sind wir von Weltmarktführern, in diesem Fall China, komplett abhängig.

„Freiheitsenergie“ sollte bedeuten, dass wir uns aus russischer Abhängigkeit, von Öl und Gas aus dem Reich des Bösen, befreit haben. Die Wahrheit ist, dass wir die Abhängigkeit nur umhängen nach China und zudem nur Zufallsstrom produzieren können.

Die „Erneuerbaren“ seien auf der Überholspur, wird des Öfteren verkündet. Wer überholt, ist schneller, im übertragenen Sinne auch größer oder stärker. Richtig ist die Formulierung nur in Bezug auf den Zuwachs an installierter Leistung an Windkraft und Photovoltaik in Deutschland und sogar global.

Davon wird mehr gebaut als bei jeder anderen Technologie. Beim Primär-, also Gesamtenergiebedarf, machen Wind und Solarenergie global etwa vier Prozent aus und wachsen langsamer als der Energiebedarf der Welt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) wurden 2022 weltweit 15,5 Milliarden Tonnen Kohle verbrannt, fast acht Prozent mehr als im Jahr davor. Ein Rekordwert, eine Trendumkehr sei nicht zu erkennen. Mit anderen Worten: Trotz starken Zubaus kann mit Wind- und Solaranlagen nicht einmal der Anstieg des globalen Energiehungers

komponiert werden, geschweige denn, es wäre irgendein Überholvorgang.

Im Rahmen des exzessiven Ausbaus der „Erneuerbaren“ werden Ansammlungen solcher Anlagen gern als Parks bezeichnet. Bestimmte Gebiete würden mit Wind- oder Solarparks bebaut, heißt es dann. Welche Assoziation verbindet sich mit dem Begriff eines Parks? Ruhe, grüne Umgebung, saubere Luft, Erholung. Die findet man in diesen Industrieparks mit Sicherheit nicht. Die zuweilen schier endlosen Solar-Freiflächenanlagen sind ökologisch tote Flächen und so gut wie immer eingezäunt wegen des öfter praktizierten Panneel-Klaus. Im Sommer werden die Anlagen durch die Aufheizung der Paneele auf bis zu 120 Grad zu Hotspots in der Landschaft, die das regionale Wetter und Klima beeinflussen. Die Biodiversität nimmt ab. Da kann man vorbei laufen, aber ein Spaziergang im Park ist das mit Sicherheit nicht. Windkraftanlagen sind zwar nicht eingezäunt, aber auch da ist ein Spaziergang nicht angenehm, es gibt kaum Schatten und die Geräuschkulisse, halbwegs guten Wind vorausgesetzt, ist ausgesprochen unangenehm.

Die Verwendung des Begriffs Park ist eine gewollte Irreführung, um einen falschen naturfreundlichen Eindruck zu erwecken. Die gravierenden Auswirkungen von Windkraftanlagen im Wald werden verniedlicht. Der sächsische Ministerpräsident Kretzschmar sprach auf einer CDU-Veranstaltung von „Windkraft überm Wald“, so als wäre der Wald von den Anlagen nicht betroffen oder berührt. Die Betrachtung einiger Luftaufnahmen schafft hier Realitätssinn und Ernüchterung, vielfältig und negativ sind die Auswirkungen, gegen die sich immer mehr Menschen wehren.

Aus interessengeleiteten Gründen wird die Windkraft zur wichtigsten Energieform hochgejubelt. Das macht man einfach an der jährlich produzierten Strommenge fest. Ist die schiere Menge am wichtigsten oder vielleicht eher diejenige Energie, die verlässlich zur Verfügung steht? Eine typische Energiewende-Nebelkerze, zu der man ergänzend anmerken muss, dass die Windkraft auch nicht nachhaltig ist, weil sie zeitweise nicht zur Verfügung steht. Ebenso mengenbezogen tituliert man die Windkraft als Arbeitspferd der Energiewende, wobei es sich um ein völlig falsches Bild handelt. Der Landwirt schirrt das Arbeitspferd an, gibt ein Kommando, worauf sich das Gespann in Bewegung setzt.

Das kann die Windkraft nun wirklich nicht leisten. Das erratische Verhalten des Windaufkommens entspricht dem eines Wildpferdes, welches nach eigenem Gusto läuft, galoppiert, grast oder schläft, völlig unabhängig vom Willen des Menschen. Die wahren Arbeitspferde sind die konventionellen Kraftwerke, die regelnd das System aufrechterhalten, unabhängig von Wetter und Tageszeit. Die Windkraft ist ein launischer Gaul, nach dem sich die Nutzer wie die Müller im 19. Jahrhundert richten müssen. Für das Energiesystem bedeutet das Zusatzkosten für Backupkraftwerke, Speicher oder Verbrauchersteuerung.

Weiter demnächst im Teil 2 ...

Wende rückwärts: Klammheimlicher Ausstieg aus dem Kohleausstieg

geschrieben von Admin | 25. Februar 2025

Nun kommt es genau so, wie von Achgut.com schon 2020 vorhergesagt. Die Bundesregierung verabschiedet sich durch die kalte Küche vom Kohleausstieg und untersagt deren vorzeitige Stilllegung. Und das wird erneut teuer, denn die Oldie-Kraftwerke müssen in vielfacher Hinsicht nachgerüstet werden.

Von Manfred Haferburg

Vollmundig haben die letzten drei Bundesregierungen erst den Kernenergieausstieg und dann den Kohleausstieg verkündet und dem Steuerzahler bzw. Stromkunden dafür eine Billion Euro (1.000.000.000.000 Euro) aus der Tasche gestohlen – immer mit dem Hinweis auf das Verbrennen der Welt durch den CO2-Ausstoß der „schmutzigen“ Kohlestromerzeugung, der spätestens 2030 unbedingt gestoppt werden müsse. Eine Hundertschaft von Bischöfen und Politikwissenschaftlern begründete in Ethikkommissionen unsinnige politische Entscheidungen zur Zerstörung der energetischen Basis der deutschen Wirtschaft und des Angriffs auf Wohlstand und Wohlergehen der Bürger, immer flankiert von einer Journalisten-Phalanx in der eigenen Schleimspur der grünen Politikverherrlichung.

Merkels Allzweck-Kalfaktor Peter Altmaier verkündete am 3. Juli 2020 großmäulig den Endsieg der Inkompetenz über die Vernunft:

„...wir sind das einzige Industrieland dieser Größe, das gleichzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dann 15 Jahre später aus der Nutzung der Kohleverstromung aussteigt. Das sind die historischen Aufgaben und die Leistung, die wir zu vollbringen haben...Wir wollen erreichen, dass die Strompreise in Deutschland im Laufe des nächsten Jahrzehnts wieder auf ein europäisches Durchschnittsniveau zurückgeführt werden können – in die richtige Richtung, Schritt für Schritt. Dafür stellen wir im Konjunkturprogramm 11 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.“

Die Industriebosse schwiegen dazu duckmäuserisch, wenn sie nicht gar aktiv mitmachten, die Eurozeichen der fetten Subventionen in den Augen.

Wir haben es gesagt

Wer es wagte, zu sagen, dass dies ein ökonomischer und physikalischer Wahnsinn wäre, wurde niedergebrüllt, verunglimpft, gecancelt, mundtot gemacht und wirtschaftlich mit Vernichtung bedroht. Wir auf der Achse können ein Lied davon singen.

Und heute, 17 zerstörte hervorragende Kernkraftwerke und Dutzende verschrottete modernste Kohle- und Gaskraftwerke später, sind die rotgrüngelbschwarzen Energiewender von der Realität umzingelt und versuchen, mit dem bewährten Tricksen und Täuschen ihr Komplettversagen der letzten 20 Jahre zu vertuschen. Sie steigen klammheimlich aus dem Kohleausstieg aus, weil sonst der Blackout unvermeidlich wird.

Die Welt: „Verbot der Stilllegung – Bundesnetzagentur überrascht mit Veto gegen Kohleausstieg. Die Ampelkoalition wollte den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen. Doch wie WELT jetzt erfuhr, untersagt die Bundesnetzagentur die vorzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken.“

Focus zum gleichen Thema ohne Bezahlschranke hier.

Niemand hat die Absicht, den Kohleausstieg zu verschieben

Wenn das die Carla, die Luisa und der Louis erfahren! Und natürlich, ganz klar, es ist nicht die Regierung, die nun den Kohleausstieg stoppt, sondern die Bundesnetzagentur. Die ist zwar eine dem Bundes-Wirtschaftsministerium direkt nachgeordnete Behörde, aber wer weiß das schon. Und es wird in dem Artikel auch kräftig abgewiegelt:

„Die Anlagen werden für die Netzstabilität benötigt“, sagte ein Sprecher der Bundesnetzagentur: „Sie werden nur selten laufen und deswegen keine spürbaren Auswirkungen auf unsere CO₂-Bilanz haben.“

Ein Blick auf den realen Erzeugungsmix im Dezember 2023 entlarvt diese Aussage als freche Lüge.

„Er betonte, dass die Anlagen nur als Reserve auf Abruf durch Netzbetreiber fungieren sollen: „Es ist weiter beabsichtigt, dass nach 2030 kein Kohlekraftwerk mehr am Markt tätig ist.“

Aha, deshalb wird die Laufzeitverlängerung auch bis März 2031 gewährt –

interessant. Es handelt sich übrigens nicht um eine Laufzeitverlängerung, sondern um ein „Stilllegungsverbot“, das auch gilt, wenn die teilweise Uraltblöcke von den Betreibern zur planmäßigen Stilllegung angemeldet wurden. Sie müssen jetzt dafür aufwändig nachgerüstet werden, zum Beispiel mit neuer Leittechnik, weil es für die aus den 1970er Jahren keine Ersatzteile mehr gibt – natürlich auf Steuerzahlerkosten.

„Ist ja nur Geld“

Erinnert sich noch jemand an den Achse-Artikel „Im Sumpf von Moorburg“ aus dem Jahre 2020? Hier wurde eines der modernsten Kohlekraftwerke der Welt verschrottet, das hätte nicht nachgerüstet werden müssen. Unser damaliges Urteil: „Nur komplett Irre machen so etwas“. Und: „Es wurden gerade erfolgreich drei Milliarden Euro vernichtet“. Aber: „Ist ja nur Geld“, jedenfalls für den Philosophen und Kinderbuch-Coautor in der Rolle eines Wirtschaftsministers im Nimmerland. Stimmt, es ist das Geld unserer Kinder und Enkel, Sondervermögen genannt.

Es ist also genau so gekommen, wie von uns gesagt, dass es mit dem Bau von 80 Stück 300 MW mit staatlich geplanter Leistung von 21 Gigawatt wasserstofffähigen Gasturbinen bis 2030 mit Sicherheit nichts wird.

Die Bundesnetzagentur hat bislang die Stilllegung von insgesamt 26 Kraftwerksblöcken untersagt, um die Netzstabilität nicht zu gefährden. Jetzt bleiben also beispielsweise die alten Kohleblöcke B und C des Steinkohle-Kraftwerks Scholven bei Gelsenkirchen und vom Großkraftwerk Mannheim der Block 8 oder EnBW Blöcke am Standort Altbach in Betrieb.

Ab Januar werden wohl die Bauern wieder mit ihren Treckern gegen den Ampel-Politikirrsinn demonstrieren. Es wäre wohl angemessen, wenn sich auch die um ihr sauer erarbeitetes Geld geprellten Bürger mit ihren PKWs anschließen würden. Auch die um den Kohleausstieg geprellten grünen Lastenfahrrad-Muttis und sogar die Karla, die Luisa und ihr Partner, der Louis von den Öffentlich-Rechtlichen, wären willkommen.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier